

Nachrichten

■ Conti wehrt sich gegen Schaeffler

Frankfurt/Main (AFP/dpa/ND). Im Übernahmekampf mit der bayerischen Schaeffler-Gruppe spricht der Autozulieferer Conti Branchenkreisen zufolge mit Investoren über eine mögliche Gegenofferte. Das Continental-Management versuche noch, das Blatt zu wenden, hieß es am Dienstag in den Kreisen. »Natürlich werden verschiedene Möglichkeiten geprüft.« Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtete, es handle sich um strategische und Finanzinvestoren, die bereit seien, mehr Geld als Schaeffler zu bieten. Mitte der nächsten Woche läuft die übliche Frist von zwei Wochen für eine Stellungnahme von Conti zum Schaeffler-Angebot ab.

■ Bombardier will zurück nach Halle

Halle (dpa/ND). Das kanadische Waggonbau-Unternehmen Bombardier erwägt die Rückkehr nach Halle-Ammendorf. Nach Informationen der »Bild« (Dienstag) könnte ein Großauftrag der Deutschen Bahn in Halle abgewickelt werden. Die Bahn plant laut Zeitung die Anschaffung von 1000 Nahverkehrszügen. Bombardier wolle die Triebwagen liefern, die in Tschechien gebaut und in Halle nachgebessert werden sollen. Bombardier hatte sich 2005 aus Halle zurückgezogen. Die Nachfolge-Gesellschaft MSG beschäftigt auf dem ehemaligen Gelände rund 140 Mitarbeiter und führt Service- und Entwicklungsleistungen aus.

■ Stresssymptome bei Schulkindern

Hamburg (dpa/ND). Viele Eltern erkennen bei ihren Schulkindern Symptome von Stress. 42 Prozent der Befragten gaben bei einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) an, ihre Sprösslinge litten häufig oder gelegentlich an Stress. In der Gruppe der 12- bis 18-Jährigen sei sogar jeder Zweite betroffen, teilte die DAK am Dienstag mit. Bemerkbar mache sich die Belastung unter anderem durch Nervosität (57 Prozent) sowie Kopf- und Bauchschmerzen (50 Prozent). Nach Angaben der Eltern greifen zwölf Prozent der gestressten Schüler deshalb zu Medikamenten. Befragt wurden 1002 Mütter und Väter im Juli 2008 in Deutschland.

■ Sprechende Autos sind im Kommen

Brüssel (dpa/ND). Autofahrer sollen bald während der Fahrt über Funk mit anderen Fahrern Kontakt aufnehmen und auch von »Verkehrsmanagern« erreicht werden können. Die EU-Kommission hat nach Angaben vom Dienstag in Brüssel Frequenzen in allen 27 EU-Staaten für »sprechende Autos« reservieren lassen. Ab 2010 oder 2011 sollen Geräte auf dem Markt sein, mit denen sich Fahrer untereinander vor Staus, Unfällen oder Glatteis warnen können. Verkehrszentralen soll es möglich sein, bei Staus mit den Benutzern einer Straße Verbindung aufzunehmen.

■ SinnLeffers zahlungsunfähig

München/Hagen (AFP/ND). Die Hagener Bekleidungskette SinnLeffers ist einem Medienbericht zufolge zahlungsunfähig und muss Insolvenz anmelden. Filialschließungen solle es ebenso geben wie einen Jobabbau, meldete der Münchner »Focus« am Dienstag unter Berufung auf Unternehmenskreise in seiner Online-Ausgabe. Die Frankfurter Beteiligungsfirma Deutsche Industrie-Holding (DIH), der die Modehäuser seit Juni komplett gehören, strebt »Focus online« zufolge keinen Verkauf an, sondern will die 47 Häuser in Eigenregie sanieren. SinnLeffers beschäftigt derzeit etwa 4100 Mitarbeiter.

Himbeereis mit Sägespänen

Weltweit erstes Zusatzstoffmuseum in Hamburg klärt Verbraucher auf

Von Susann Witt-Stahl

Die Hamburger Lebensmittelstiftung will mit einem bisher einmaligen Projekt über die Problematik des Einsatzes von Zusatzstoffen aufklären. Dabei kommen auch beunruhigende Gesetzeslücken zum Vorschein.

Substanzen, deren Behälter mit einem Totenkopf-Symbol gekennzeichnet sind, vermutet der Verbraucher im Giftschrank des Kammerjägers. Sie sind aber auch häufig als Zusatzstoff in Lebensmitteln enthalten. Das gilt beispielsweise für Natriumnitrit, das zur Umrötung von Wurstwaren verwendet wird und im Magen in Krebs erzeugende Nitrosamine umgewandelt werden kann.

Unter den Sammelbegriff »Zusatzstoffe« fallen Geschmacksverstärker, Antioxidationsmittel, Enzyme, Trenn- und Verdickungsmittel, Wachse, Farb-, Süß-, Füll- und viele andere Stoffe. Welche Wirkung haben sie? Welche Zusätze sind bedenklich? Oftmals tappt der Verbraucher im Dunkeln. Das Deutsche Zusatzstoffmuseum soll

intensive Aufklärung leisten und den Dschungel der geheimnisvollen Substanzen und ihrer nichtssagenden Bezeichnungen erschließen. Das von den Lebensmittelchemikern Georg Schwedt und Udo Pollmer mitentwickelte Projekt öffnete Ende Mai auf dem Gelände des Hamburger Großmarkts seine Pforten. Es ist das weltweit einzige Museum dieser Art.

Der Besucher schlendert durch eine Supermarkt-Kulisse, in der Attrappen von Lebensmitteln aller Segmente, beispielsweise Kühlprodukte, Backwaren und Getränke, vorhanden sind. »Für repräsentative Produkte der einzelnen Bereiche haben wir typische Zusatzstoffe herausgegriffen und erläutern jedes Detail ihrer Herkunft, Funktion und Wirkung«, erklärt Friederike Ahlers, Leiterin und Vorstand der Hamburger Lebensmittelstiftung, die Träger des Museums ist. Während des Rundgangs erfährt der Verbraucher allerlei Erstaunliches, Hilfreiches oder auch Ärgerliches: Selbst in Bioprodukten sind Zusatzstoffe erlaubt. Und wer ein Himbeer-Eis

kauft, das laut Packungsangabe »natürliche Aromen« enthält, kann nicht unbedingt davon ausgehen, dass tatsächlich Früchte enthalten sind. Oft sind Sägespäne die Lieferanten des »Himbeer-Aromas«.

An einem Versuchstisch können Besucher eigenhändig ein Bananen-Aroma zusammenmischen. Dabei entsteht ein auffringlicher, stechender Geruch. »Ein Hinweis, dass viele Lebensmittel überaromatisiert sind«, erläutert Friederike Ahlers. »Bei häufigem Genuss wird der Geschmack des echten Aromas von natürlichen Lebensmitteln verdorben.« Es lohnt sich auch, E-Nummern in den ausliegenden Listen nachzuschlagen. Dahinter verbergen sich nicht selten unappetitliche Zusätze wie Wollwachs (E 913), ein Sekret der Talgdrüsen des Schafes, das in Kaugummis enthalten sein kann. Zwar sind die meisten Zusatzstoffe unbedenklich. Aber manchmal werden hinter harmlos klingenden Tarnbegriffen wie »Gewürze« auch gesundheitsgefährdende Stoffe versteckt. Das gilt beispielsweise für Mononatriumglutamat, das oft



Joghurtregal im Zusatzstoffmuseum in Hamburg

Foto: Susann Witt-Stahl

als »Hefeextrakt« oder »fermentierter Weizen« deklariert wird. Der Geschmacksverstärker kann das sogenannte China-Restaurant-Syndrom auslösen: Schläfendruck, Kopfschmerzen, Nackensteife.

Zusatzstoffe müssen nicht ausgewiesen werden, wenn sie keine technologische Funktion mehr ausüben. Das heißt, ein Joghurt, dessen enthaltene Fruchtzubereitung mit Konservierungsmitteln haltbar gemacht wird, darf die Aufschrift »ohne Zusatz von Konservierungsstoffen« tragen, wenn die Dosis so gering ist, dass sie nur

reicht, um die Früchte, nicht aber den kompletten Joghurt zu konservieren. Beim Großteil unverpackter Ware und bei geringen Mengen müssen Zusatzstoffe gar nicht ausgewiesen werden. Das sind Gesetzeslücken, die es den Herstellern leicht machen, den Verbraucher zu täuschen, bedauert Museumsleiterin Ahlers: »So können sie ungehindert ihre Clean-Label-Strategie fahren: Auf dem Etikett nicht nichts drauf, aber in den Lebensmitteln viel drin.«

www.zusatzstoffmuseum.de

Steuergeld für Spritfresser

Greenpeace demonstriert in Berlin gegen Klimakiller-Limousinen



Berlin (dpa/ND). Vor dem Bundesfinanzministerium protestierten am Dienstag 25 Greenpeace-Aktivistinnen für eine ökologische Reform der Besteuerung von Firmen- und Dienstwagen. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hält an der geltenden Regelung fest, die Unter-

nehmen erlaubt, die Kosten ihrer Pkw in voller Höhe von der Steuer abzusetzen, unabhängig vom Kohlendioxid-Ausstoß. Damit wird der Absatz besonders schwerer und klimaschädlicher Fahrzeuge gefördert. Die Steuerzahler subventionieren die größten Spritfresser

der Unternehmen mit 3,5 Milliarden Euro im Jahr, das sind 132 Euro für jeden Steuerpflichtigen. Anreize zur Anschaffung sparsamer und Pkw gibt es nicht. Im vergangenen Jahr waren 61,9 Prozent der Neuzulassungen Firmenwagen. ND-Foto: Burkhard Lange

Kein Anruf unter dieser Nummer

Nix-Telefon schützt in Schweden vor lästiger Werbung

Von Bernd Parusel, Stockholm

Die Bundesregierung will strengere Regeln für Direktwerbung am Telefon durchsetzen. In Schweden können Privatpersonen ihren Anschluss in zwei einfachen Schritten sperren lassen.

»Wir wollen erreichen, dass diese Vielzahl von unerwünschten Werbeanrufen aufhört«, sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries kürzlich. Die Regierung will es Firmen deshalb erschweren, am Telefon Verträge mit Kunden abzuschließen. Außerdem soll das Widerrufsrecht ausgeweitet werden, und Telemarketingunternehmen sollen ihre Rufnummer nicht mehr unterdrücken dürfen.

Mit lästigen Anrufen von Verkäufern haben auch die Schweden Erfahrungen. Dort haben einige große Telemarketing- und Werbeunternehmen jedoch in Zusammenarbeit mit der Verbraucherschutzbehörde 1999 den Verein »Nix-Telefon« gegründet, an den sich Konsumenten wenden können, die nicht mehr zu Hause angerufen werden wollen. Der Grundgedanke ist einfach und effektiv. Man wählt die Nummer von »Nix«, ein automati-

schers Anrufbeantworter meldet sich und erkennt die Rufnummer des Anrufers. Wenn man nach frühestens zwei Tagen noch einmal dort anruft, wird die Telefonnummer in das sogenannte »Nix-Register« aufgenommen und ist fortan für Werbeanrufe gesperrt. Alle Unternehmen, die per Telefon um Kunden werben, sind verpflichtet, vorher im Nix-Register zu kontrollieren, welche Nummern sie anrufen dürfen und welche nicht. Ein Computerprogramm von »Nix-Telefon« hilft ihnen dabei, gesperrte Nummern aus ihren Datenbanken zu entfernen. Verstöße können Privatpersonen bei der staatlichen Verbraucherschutzbehörde »Konsumentverket« anzeigen. Das zieht Bußgelder für die anrufenden Unternehmen nach sich. Sperrungen sind gratis und gelten drei Jahre lang. Danach werden sie automatisch wieder gelöscht.

Genevte Verbraucher haben seit der Einführung des Registers weitgehend Ruhe, und seriöse Firmen müssen sich nicht mehr dem Vorwurf aussetzen, Kunden zu belästigen. Unerwünschte Nebenwirkungen hat »Nix-Telefon« bislang nicht. In den Telefonbüchern tauchen auch gesperrte

Nummern weiter auf, und Umfrageinstitute, Kirchen, Parteien und Behörden dürfen weiterhin anrufen. Auch den Firmen, bei denen man bereits Kunde ist, ist es gestattet, per Telefon neue Produkte vorzuschlagen oder ihre Daten zu aktualisieren. Handynummern können bislang nicht gesperrt werden.

Bei »Konsumentverket« gehen immer wieder Klagen von Verbrauchern ein. Firmen, die ihren Sitz im Ausland haben, fühlen sich manchmal nicht verpflichtet, vor Anrufen bei potenziellen Kunden im Register nachzusehen. Sie liegen jedoch falsch: »Alle Unternehmen, die in Schweden anrufen, müssen überprüfen, wer keine Telefonanrufe haben will«, sagt Axel Tandberg, Jurist bei »Nix-Telefon«. Während lästige Werbeanrufe in Schweden dank »Nix« fast kein Thema mehr sind, verursachen aggressive Werbestrategien und lasche Regeln bei Vertragsabschlüssen den Verbraucherschützern immer wieder Kopfzerbrechen. So können Privatpersonen in Schweden per SMS Kleinkredite bis rund 3000 schwedische Kronen (317 Euro) aufnehmen. Vor allem Jugendliche sind so in eine Schuldenfalle geraten.

Wer geht denn noch zur »Löli-Bank«?!

Finanzplatz Liechtenstein vor neuem Tiefpunkt

Von René Heilig

Erst war die LGT, die Bank des Fürstentums, nun die LLB, derzeit »Löli-Bank« genannt. Der Finanzplatz Liechtenstein und viele seiner Kunden haben ernste Probleme. Dabei sind »Steuersparer« wie Post-Zumwinkel oder Ärzte aus Süddeutschland nicht das eigentliche Ziel der Fahnder.

»Wer geht denn noch zur Löli-Bank?!« So lautet ein derzeit in Vaduz oft zu vernehmender Satz. Löli, das weiß ein jeder Deutschschweizer, ist ein tölpelhafter oder auch nur dummer Mensch. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen! Doch der Schaden betrifft nicht nur die LLB. Michael Lauber, Geschäftsführer des Liechtensteiner Bankenverbandes, hatte schon vor Monaten gewarnt: Liechtensteins Banker spürten die Verunsicherung, es sei viel schwieriger geworden, neue deutsche Kunden zu gewinnen. Anfang des Jahres hatte der Bundesnachrichtendienst (BND) eine »erworbene« CD mit Bankdaten der LGT – vermutlich auszugsweise – an deutsche Finanzbehörden weitergegeben, die seither mutmaßliche Steuerhinterzieher ein- und abkassieren. Allen voran der einstige Postchef Zumwinkel.

Spätestens im April, als in Rostock ein Prozess gegen einen vermutlich »normal-kriminellen« Mann angeschoben wurde, der LLB-Kunden erpressen wollte, war dann klar, dass auch die zweitgrößte Bank des Landes in den Strudel gezogen wird. Neun Millionen Franken hat die LLB gezahlt, um eine von einem Ex-Mitarbeiter verkaufte CD mit Kundendaten von einem in Deutschland Geschnappten zurückzukaufen. Als aus dem Deal nichts wurde, schaltete die LLB die Polizei ein.

Noch immer ist unklar, um wie viele Kunden-Datensätze es diesmal geht. Nach einer ersten kurzen Sichtung handle es sich »um 600 Blätter mit Kontoauszügen, auf denen jeweils etwa drei bis vier Kundennamen vermerkt sind«, sagt Oberstaatsanwalt Peter Lückemann. Rund 2000 LLB-Kunden, die die Bank zwischen 1999 und 2003 ins Vertrauen gezogen haben, sollten also zittern. Die Anwältin des Angeklagten spricht jedoch von 1850 Blättern, die 4000 bis 5000 Kunden betreffen. Die LLB, so Sprecher Cyrill Sele, sei da völlig ahnungslos, man habe die Daten noch nicht gesehen.

Dass vom »Imageschaden« nur rund ein Prozent der LLB-Kunden betroffen sind, macht die Sache für Liechtenstein nicht besser. Zum

Die Liechtensteinische Landesbank AG (LLB) ist das traditionsreichste Finanzinstitut im Fürstentum. Mehrheitsaktionär ist das Land. Die LLB-Gruppe bietet Dienste auch in der Schweiz, auf den Cayman, in Abu Dhabi und in Hongkong an. Das Kundenvermögen beträgt rund 60 Milliarden Schweizer Franken.

zweiten Mal ist es gelungen, in eine der bislang diskretesten Banken der Welt einzudringen. Die Botschaft wird vor allem von jenen verstanden, die der organisierten oder politischen Kriminalität zuzurechnen sind. Viele von denen wuschen ihr schmutziges Geld, das sie mit Proliferation, Waffen- oder Menschenhandel erwirtschafteten, in Liechtenstein. Es macht also Sinn, dass der BND seit rund einem Jahrzehnt seine Finger in dem Fall und damit in den Banken hat.

Staat will AUA nicht mehr

Österreichische Fluggesellschaft vor Privatisierung

Wien (dpa/ND). Die in Turbulenzen geratene österreichische Fluggesellschaft Austrian Airlines (AUA) soll komplett privatisiert werden. Allerdings muss dabei eine Sperrminorität von 25 Prozent plus einer Aktie in österreichischem Besitz bleiben. Auf diesen Kompromiss einigten sich am Dienstag die Spitzen der österreichischen Koalitionsregierung und die Führung der für die AUA zuständigen Staatsholding ÖIAG in Wien. Einen offiziellen Privatisierungsauftrag an die Staatsholding könnte die Regierung

bereits bei der nächsten Kabinettsitzung am 12. August erteilen. Als wichtigster potenzieller Partner der AUA gilt die Deutsche Lufthansa.

Die AUA hatte im ersten Halbjahr 2008 wegen der hohen Treibstoffpreise einen Verlust von über 40 Millionen Euro eingeflogen. Experten halten ein Überleben der Gesellschaft als eigenständiges Unternehmen längerfristig für unmöglich. Es hat 8000 Beschäftigte. Insgesamt hängen vom Unternehmen etwa 65 000 Arbeitsplätze in Österreich ab.